

*Elias Kreuzinger*

# **Back to the Future? Die Maßnahmen der NATO im Rahmen der Enhanced Forward Presence**

**Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 48  
November 2018**



## Inhaltsverzeichnis:

Zusammenfassung/Abstract	3
1. Einleitung	4
1.1. Fragestellung und Zielsetzung	5
1.2. Forschungsstand	5
2. Theoretischer Hintergrund	7
2.1. Neorealismus	7
2.2. Das Konzept der Abschreckung	7
3. Methodisches Vorgehen	9
3.1. Fallauswahl	9
3.2. Operationalisierung	10
4. Empirische Untersuchung	11
4.1. Der „Zweite Kalte Krieg“	11
4.1.1. Das Ende von Détente	12
4.1.2. Ost-West-Beziehungen unter der Reagan Administration	14
4.1.3. Die Strategie der NATO	15
4.1.4. Erklärungen des „Zweiten Kalten Krieges“	17
4.2. Ukrainekrise, Wales, Warschau und die eFP	18
4.2.1. Ukrainekrise und NATO-Gipfel	18
4.2.2. Enhanced Forward Presence – eFP	19
4.3. Ableitung der Erklärungsmodelle	22
4.4. Vergleich der Untersuchungszeiträume	23
5. Fazit und Ausblick	29



**Elias Kreuzinger, BA**

Back to the Future: Die Maßnahmen der NATO im Rahmen der Enhanced Forward Presence.  
Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 48  
Kiel, November 2018

### Impressum:

Hrsg. von Prof. Dr. Joachim Krause und Stefan Hansen  
Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel gGmbH  
Düsternbrooker Weg 77a  
24105 Kiel

**ISPK.org**

Die veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder des Instituts für Sicherheitspolitik.

© 2018 Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel gGmbH (ISPK).  
Sitz und Registergericht: Kiel, HRB-Nr.: 16406 KI,  
Geschäftsführer: Prof. Dr. Joachim Krause und Stefan Hansen

## Zusammenfassung

Das Ziel dieser Analyse ist die Identifizierung von Parallelen (und Unterschieden) zwischen den NATO-Maßnahmen in den Zeiträumen 1979–1985 und 2014–2017 mit Fokus auf die 2016 beschlossene Schaffung von vier multinationalen *Battlegroups* im Rahmen der sog. *enhanced Forward Presence* im Baltikum und Polen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Konzept der nuklearen und konventionellen Abschreckung der NATO gegenüber Russland respektive der Sowjetunion und des Warschauer Paktes (WVO).

Die Analyse stellt deutliche Parallelen zwischen beiden Untersuchungszeiträumen fest: Insbesondere die sowjetische Invasion Afghanistans 1979 und die Annexion der Krim 2014 durch Russland führten in beiden Fällen zu Spannungen und im Falle der Krim auch direkt zur verstärkten Fokussierung der NATO auf Territorial- und Bündnisverteidigung durch Abschreckung. Auf der anderen Seite sind auch deutliche Unterschiede festzustellen, insbesondere in Bezug auf nukleare Abschreckung und das grundsätzliche Konfliktpotential.

Schlüsselwörter: NATO, Russland, Sowjetunion, enhanced Forward Presence, Zweiter Kalter Krieg, Abschreckung

## Abstract

This analysis aims to identify similarities (and differences) between measures taken by NATO during 1979–1985 and 2014–2017 with a focus on the four deployed Battlegroups in Poland and the Baltics within the so-called enhanced Forward Presence. With a special emphasis on conventional and nuclear deterrence and NATO's posture towards territorial defense against Russia, respectively the Soviet Union and the Warsaw Pact, it tries to find explanations to these parallels.

In both cases the analysis identifies a Russian retrospective Soviet security threat to NATO, some degree of an arms race and a security dilemma, as well as an inner-alliance dynamic which leads to intensified confrontation towards the outsider. In this case towards Russia and the Soviet Union. With regards to US domestic policy, the thesis finds some differences between the sample periods.

Keywords: NATO, Russia, Soviet Union, enhanced Forward Presence, Second Cold War, deterrence

## 1. Einleitung

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen ›Identitätskrise‹ der NATO ist die politische Debatte über die Aufgaben und Zukunft des Nordatlantischen Bündnisses hochaktuell. Seit geraumer Zeit wurde auch in der Politikwissenschaft vom Aufgabenwandel der NATO, weg von klassischer Bündnisverteidigung und Abschreckung, hin zu *out-of-area*-Einsätzen gesprochen.<sup>1</sup> Auch das Bündnis selbst war davon überzeugt, dass sie ihre Aufgaben ab sofort eher jenseits des eigentlichen NATO-Gebietes finden werde. So stellt das *Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation* von 2010 fest: »Today [...] the threat of a conventional attack against NATO territory is low«<sup>2</sup>.

Erst in den letzten Jahren und insbesondere seit der Annexion der Krim 2014 durch Russland befindet sich die Allianz erneut in einem Prozess des Umdenkens. Diesmal ist jedoch Altbekanntes in der öffentlichen Debatte zu vernehmen: Abschreckung (*deterrence*) und Verteidigung (*defence*). Auch von Seiten der Russischen Föderation tritt verstärkt kon-

frontative Rhetorik zu Tage. Ein eindrückliches Beispiel liefert folgende Aussage des amtierenden Ministerpräsidenten der Russischen Föderation Dmitri Medwedew auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2016: »The first cold war ended 25 years ago. [...] Speaking bluntly, we are rapidly rolling into a period of a new cold war«<sup>3</sup>. Eine erneute verstärkte Hinwendung zu Abschreckung und Territorialverteidigung innerhalb der NATO lässt sich bereits bei einer oberflächlichen Betrachtung der beiden Abschluss-Communiqués der NATO Staats- und Regierungschefs 2014 (Wales-Gipfel) und 2016 (Warschau-Gipfel) feststellen: Während der Begriff *deterrence* in der Abschlusserklärung des Wales-Gipfels insgesamt acht Mal vorkommt, ist der gleiche Begriff im Dokument von Warschau insgesamt 28-mal zu finden.<sup>4</sup>

Dieser Rhetorik ließ die NATO auch bereits Handlungen folgen: Auf dem NATO-Gipfel in Warschau 2016 beschloss das Bündnis die sog. *enhanced Forward Presence* (eFP): Die Stationierung von vier sog. Battlegroups (BG) im Baltikum und Polen – »The biggest reinforcement of our [NATO's] collective defence since the end of the Cold War«<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Lepgold, Joseph 1998: NATO's Post-Cold War Collective Action Problem, in: *International Security* 23: 1, S. 78-106.

<sup>2</sup> NATO 2010: Active Engagement, Modern Defence Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation, Brüssel, Abs. 7. Kommentar: Auch im Strategic Concept 2010 wird der Schutz und die Verteidigung des Territoriums der Allianz gem. Art. 5 NATO-Vertrag weiterhin als wichtigste Pflicht des Bündnisses betrachtet (vgl. NATO 2010: Abs. 16).

<sup>3</sup> Dmitry Medvedev's Speech at the Panel Discussion at the Munich Security Conference 2016, online unter: <http://government.ru/en/news/21784/>; 26.10.2018.

<sup>4</sup> *North Atlantic Council* 2014: Wales Summit Declaration, online unter: [http://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_112964.htm](http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm); 26.10.2018; *North Atlantic Council* 2016: Warsaw Summit Communiqué, online unter: [http://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_133169.htm](http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm); 26.10.2018. Kommentar: Das entsprechende Kommuniqué des NATO-Gipfel 1982 in Bonn spricht lediglich an zwei Stellen von Abschreckung.

<sup>5</sup> Eröffnungsrede des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg der Nordatlantokrat-Sitzung am 14. Juni 2016, online unter: [http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_132350.htm?selectedLocale=en](http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_132350.htm?selectedLocale=en); 26.10.2018.

## 1.1 Forschungsstand und Zielsetzung

Die vorliegende Untersuchung wird sich mit dieser *enhanced Forward Presence* (eFP) und der damit einhergehenden (konventionellen) Abschreckung und kollektiven Verteidigung gegenüber Russland beschäftigen. Die eFP wird mit der konventionellen Abschreckung während des Kalten Krieges in den 1980er Jahren – genauer in den Jahren 1979 bis 1985 – verglichen werden. Damit soll untersucht werden, ob die eFP Parallelen zu den NATO-Maßnahmen des Kalten Krieges aufweist oder nicht. Die Fragestellung lässt sich demnach folgendermaßen formulieren:

Wie können die heutigen Maßnahmen der NATO zur kollektiven Territorialverteidigung im Rahmen der *enhanced Forward Presence* erklärt werden?

Ziel dieser Arbeit ist also zu untersuchen, inwieweit Parallelen zwischen damals und heute gezogen werden können und inwiefern sich die dominierenden Erklärungsmodelle des Kalten Krieges auf ein Phänomen des 21. Jahrhunderts anwenden lassen können. Gleichzeitig soll diese Arbeit gegenüber neuen, alternativen Erklärungsmodellen offenbleiben.

Im Anschluss an einen kurzen Überblick über den relevanten Forschungsstand, wird im Folgenden der theoretische und konzeptionelle Rahmen dargelegt. Dafür wird insbesondere kurz auf die Theorie des Neorealismus eingegangen, um ferner das Konzept der

Abschreckung näher darzustellen und zu definieren. Anschließend werden die gewählten Untersuchungszeiträume untersucht, um daraufhin in Kap. 4.3. die sich daraus ergebenden Erklärungsmodelle abzuleiten. Inwiefern diese dann für beide Untersuchungszeiträume zutreffen, wird anhand der Gegenüberstellung beider Zeiträume näher analysiert. Abschließend erfolgt eine Diskussion der Ergebnisse sowie ein Fazit verbunden mit möglichen Implikationen für die zukünftigen Entwicklungen der Beziehungen zwischen der NATO und Russland.

## 1.2 Forschungsstand

Dieses Kapitel dient der Übersicht über den Forschungsstand des Themas. Der Kalte Krieg in all seinen Facetten und Aspekten hat die Politikwissenschaft seit jeher beschäftigt, daher existiert hierzu ein breites Spektrum an Literatur. Weiter wurde die Rolle der NATO nach Ende des Kalten Krieges in den vergangenen Jahren extensiv diskutiert. In diesem Zuge waren die neuen Aufgaben wie Einsätze außerhalb der Allianz – insbesondere der Einsatz in Afghanistan – ein großer Schwerpunkt innerhalb der Forschung. Bezüglich des Verhältnisses der Allianz gegenüber Russland existiert eine extensive politische als auch politikwissenschaftliche Diskussion über die Frage, ob die NATO mit den Osterweiterungen Versprechen während den Ver-

handlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands gebrochen hat oder nicht.<sup>6</sup> Mit der Ukraine-Krise und der damit einhergehenden Verschlechterung der NATO-Russland-Beziehungen ist aktuell wieder die Debatte um Territorial- und Bündnisverteidigung und damit einhergehend auch die Frage der Abschreckung erneut entfacht.<sup>7</sup> Insbesondere die Studie der RAND-Corporation zur Verteidigung des Baltikums<sup>8</sup> sorgte auch in der breiteren Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit.<sup>9</sup>

Mit Blick auf den Forschungsstand zur Abschreckung kann festgehalten werden, dass diese im Feld der Strategischen Studien seit jeher eine wichtige Rolle spielt. Zu Beginn des Kalten Krieges lag dabei das Hauptaugenmerk auf der nuklearen Abschreckung. Aufgrund fehlender empirischer Daten beschränkten sich die ersten wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema auf theoretische »Gedankenspiele«.<sup>10</sup> Nach einiger Kritik an der fehlenden Wissenschaftlichkeit auf diesem

Gebiet erfolgte die Hinwendung zur Spieltheorie. Damit etablierte sich eine »deductive rational deterrence theory« als »leading scientific product in deterrence scholarship«<sup>11</sup>. Während vergleichende Fallstudien und Fortschritte in der kognitiven Psychologie die Grenzen des spieltheoretischen Ansatzes aufzeigen, konnten diese Kritiker jedoch bisher mit keiner adäquaten Alternative aufwarten.<sup>12</sup> Die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit konventioneller Abschreckung dahingegen fristet – mit Ausnahme von John Mearsheimers 1983 erschienener Arbeit zur konventionellen Abschreckung – ein weithin unbeachtetes Dasein. So stellt Luvik fest:

»[I]t is clear that students of deterrence should pay more attention to its conventional dimension. It is striking that John Mearsheimer's seminal book on conventional deterrence is now more than three decades old, yet no one has written anything comparable.«<sup>13</sup>

Das Ende des Kalten Krieges und die damit einhergehende Auflösung der bipolaren Internationalen Ordnung trugen ihren Teil dazu

<sup>6</sup> Vgl. *Itzkowitz Shiffrinson*, Joshua R. 2016: Deal or No Deal? The End of the Cold War and the U.S. Offer to Limit NATO Expansion, in: *International Security* 40: 4, S. 7-44.

<sup>7</sup> Vgl. *Major, Caudia/Mölling, Christian* 2017: Entspannung braucht Abschreckung – Abschreckung braucht Entspannung, in: *Sicherheit und Frieden* 35: 1, S. 13-18; *Giessmann, Hans J.* 2017: Euroatlantische Partnerschaft: entbehrlich, notwendig, möglich? Die NATO und Russland – vorwärts in die Vergangenheit, in: *Sicherheit und Frieden* 35: 1, S. 19-24.

<sup>8</sup> Vgl. *Shlapak David A./Johnson, Michael W.* 2016: Reinforcing Deterrence on NATO's Eastern Flank. Wargaming the Defense of the Baltics, Santa Monica, CA, in: [http://rand.org/pubs/research\\_reports/RR1253.html](http://rand.org/pubs/research_reports/RR1253.html); 26.10.2018.

<sup>9</sup> Kommentar: So strahlte beispielsweise die BBC am 03.02.2016 die Sendung *World War Three: Inside the War Room* aus.

<sup>10</sup> Vgl. *Brodie, Bernhard* 1946: *The Absolute Weapon. Atomic Power and World Order*, New York, NY; *Snyder, Glenn H.* 1961: *Deterrence and Defense. Toward a Theory of National Security*, Princeton, NJ; *Snyder, Glenn H.* 1965: *The Balance of Power and the Balance of Terror*, in: *Seabury, Paul* (Hrsg.): *Balance of Power*, San Francisco, CA, S. 184-201.

<sup>11</sup> *Ludvik, Jan* 2017: *Nuclear Asymmetry and Deterrence. Theory, Policy and History*, New York, NY, S. 6; vgl. *Zagare, Frank C.* 1987: *The Dynamics of Deterrence*, Chicago, IL; *Powell, Robert* 1990: *Nuclear Deterrence Theory. The Research for Credibility*, Cambridge.

<sup>12</sup> *Ludvik, Jan* 2017: *Nuclear Asymmetry and Deterrence. Theory, Policy and History*, New York, NY, S. 6.

<sup>13</sup> Ebd. S. 159. Kommentar: Neben Mearsheimer siehe auch: *Huntington, Samuel P.* 1983: *Conventional Deterrence and Conventional Retaliation in Europe*, in: *International Security* 8: 3, S. 32-56.

bei, dass die Debatte über (nukleare und konventionelle) Abschreckung ein abruptes Ende fand. Dennoch konnte sie nicht komplett aus der Welt geschaffen werden und erhalten seit geraumer Zeit wieder verstärkt Aufmerksamkeit in der Politikwissenschaft.

## 2. Theoretischer und konzeptioneller Hintergrund

Um geeignete Hypothesen für die spätere Untersuchung aufstellen zu können, muss zunächst der passende theoretische und konzeptionelle Rahmen dieser Arbeit dargelegt werden. Wie bereits in Kap. 1.2. erwähnt, wird dieser Arbeit die Theorie des Neorealismus zu Grunde gelegt, da diese »nicht nur das Denken von Politikwissenschaftlern [...] sondern auch das der Politiker, die die internationalen Beziehungen gestalteten« während des Kalten Krieges prägte.<sup>14</sup> Zusätzlich dazu wird im Kap. 2.2 das Konzept der Abschreckung erläutert.

### 2.1 Neorealismus

Der Neorealismus kann als die Theorie des Kalten Krieges angesehen werden.<sup>15</sup> Daher bietet sich diese Theorie auch für diese Arbeit ideal an. Es wird hier auf die Darstellung dieser klassischen Theorie der internationalen Beziehungen verzichtet. Für eine übersichtliche, ausführliche Darstellung sei an dieser

Stelle auf Bernhard Zangl und Michael Zürn verwiesen, die den Kalten Krieg »als machtpolitische Auseinandersetzung zwischen zwei Blöcken, die jeweils von einem Staat mit überlegenen Machtressourcen geführt wurde«, bezeichnen.<sup>16</sup> Dass der Neorealismus auch weiterhin Bedeutung besitzt, wurde nicht zuletzt von Kenneth N. Waltz eindrücklich dargelegt.<sup>17</sup>

Ausführlicher wird nun im Folgenden das Konzept der Abschreckung – welches sich ebenfalls innerhalb der neorealistischen Theorie bewegt – dargestellt und für die Zwecke dieser Arbeit definiert.

### 2.2 Das Konzept der Abschreckung

Dieses Kapitel dient der näheren Definition des Konzepts der Abschreckung. Zunächst werden hier die unterschiedlichen Aspekte dieses Konzepts entsprechend dargelegt, um im weiteren Verlauf noch die unterschiedlichen Aspekte der Abschreckung kurz darzustellen. Hierbei wird insbesondere die Unterscheidung zwischen konventioneller und nuklearer Abschreckung hervorgehoben.

Für Mearsheimer bedeutet Abschreckung »in its broadest sense, [...] persuading an opponent not to initiate a specific action because the perceived benefits do not justify the estimated costs and risks«<sup>18</sup>. Ziel der Abschreckung als militärische Strategie ist es dem-

<sup>14</sup> Zangl, Bernhard/Zürn, Michael 2003: Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation, Frankfurt a.M., S. 38.

<sup>15</sup> Kommentar: Auch wenn sie in Bezug auf das Ende des Kalten Krieges an Erklärungskraft einbüßt.

<sup>16</sup> Ebd. S. 38.

<sup>17</sup> Vgl. Waltz, Kenneth N. 2000: Structural Realism after the Cold War, in: International Security 25: 1, S. 5-41.

<sup>18</sup> Mearsheimer, John J. 1983: Conventional Deterrence, Ithaca, NY, S. 14.



nach, einen Gegner von einem Angriff abzuhalten, indem man ihm mit einer militärischen Reaktion droht (Major/Mölling 2017: 14). Die Anwendung militärischer Gewalt soll sich also für den Gegner nicht lohnen und damit von vornherein verhindert werden. Major und Mölling bezeichnen Abschreckung daher auch als »Kriegsverhinderungsstrategie«<sup>19</sup>. Diese Form der Abschreckung wird auch *deterrence by denial* genannt. Eine weitere Form der Abschreckung ist die durch *punishment* (Bestrafung). Hier beinhaltet die Abschreckung die Drohung, im Falle eines Angriffes große Teile der Zivilbevölkerung, Industrie und Infrastruktur des Gegners zu zerstören.<sup>20</sup> Bei dieser Form der Abschreckung stehen Nuklearwaffen im Vordergrund, da erst diese Waffensysteme ein solches zerstörerisches Potential (glaubhaft) entfalten können. Damit die Strategie der Abschreckung erfolgreich ist, bedarf es nicht nur geeigneter Mittel (*capability*), das Gegenüber muss auch vom Willen und der Bereitschaft, diese Mittel im Ernstfall einzusetzen, überzeugt sein (*credibility*). Es bedarf also zusätzlich noch der Glaubwürdigkeit, die notwendigen militärischen Mittel im Ernstfall auch einzusetzen.

Abschreckung lässt sich weiter unterteilen in konventionelle und nukleare Abschreckung. Auch wenn Nuklearwaffen eine wichtige Rolle in der Abschreckungsstrategie der NATO spielen und dies aller Voraussicht

nach auch weiterhin spielen werden, wird sich diese Arbeit primär auf die konventionellen Streitkräfte konzentrieren. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die eFP lediglich konventionelle Streitkräfte beinhaltet. Im Hinblick auf die Zeit des Kalten Krieges wird deutlich, dass dort die nukleare *balance of power* verbunden mit der *mutually assured destruction* (MAD) im Vergleich zu heute eine deutlich größere Rolle spielte. Die Existenz der Nuklearwaffen könnte somit auf den ersten Blick eine reine Betrachtung der konventionellen Ebene sinnlos machen. Führt man diesen Gedankengang fort, so könnte man sogar argumentieren, dass die bloße Existenz dieser Nuklearwaffen während beider Untersuchungszeiträume die Bedeutung der restlichen Streitkräfte und damit die Gefahr eines realen Konflikts obsolet werden lässt. Hierzu kann jedoch folgendes Gegenargument vorgebracht werden:

»There is no question that great-power war is less likely in a nuclear world, but great powers still compete for security even under the nuclear shadows, sometimes intensely, and war between them remains a real possibility«<sup>21</sup>

Hinzu kommt, dass auch bereits während des Kalten Krieges »growing acceptance of the disutility of nuclear weapons for purposes of defense«<sup>22</sup> zu einem größeren Interesse der konventionellen Komponente geführt hat.

<sup>19</sup> Major/Mölling 2017: S. 14.

<sup>20</sup> Mearsheimer 1983: S. 14.

<sup>21</sup> Mearsheimer, John J. 2014a: The Tragedy of Great Power Politics, überarb. Ausgabe, New York, NY, S. 84.

<sup>22</sup> Mearsheimer 1983: S. 13.



Trotzdem muss auch in dieser Arbeit die nukleare Komponente zu einem gewissen Grade berücksichtigt werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Abschreckung als Kriegsverhinderungsstrategie dazu dient, einen Gegner vom Einsatz militärischer Gewalt abzuhalten, indem man ihm im Gegenzug mit eigener Anwendung militärischer Gewalt droht. Da diese Strategie in erster Linie psychologisch wirkt, bedarf es neben den geeigneten Mitteln (*capabilities*) auch der Überzeugung des Gegners, dass diese Mittel im Ernstfall auch zum Einsatz kommen (*credibility*).

### 3. Methodisches Vorgehen

Nachdem im vorangegangenen Kapitel zunächst der theoretische Rahmen dargelegt und das Konzept der Abschreckung näher erläutert wurde, befasst sich dieses Kapitel ausführlicher mit der methodischen Vorgehensweise dieser Arbeit. Dabei wird insbesondere die Wahl der beiden gewählten Untersuchungszeiträume begründet, um sich anschließend intensiver mit der Operationalisierung auseinanderzusetzen. Damit verbunden ist auch die Darstellung der Analyseebenen(n).

#### 3.1 Fallauswahl

Waren zu Beginn der 1970er Jahre die Ost-West-Beziehungen noch von Détente geprägt, traten Ende der 1970er Jahre bereits erste Spannungen zwischen den beiden Blöcken – angeführt von den beiden Supermächten USA und UdSSR – auf.<sup>23</sup> Der Zeitraum 1979–1985 wurde deshalb gewählt, weil diese Periode abermals verstärkte Spannungen zwischen den USA und der UdSSR, beziehungsweise zwischen NATO und WVO, verzeichnete. In diesen Zeitraum fallen unter anderem die sowjetische Invasion Afghanistans 1979, die Wahl Ronald Reagans zum 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten 1981, das NATO-Manöver *Able Archer 83*, welches in der Sowjetunion die Angst vor einem nuklearen Erstschlag der NATO auslöste<sup>24</sup> und der zentrale Grund für die neuen Spannungen: die Stationierung von US-amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen (*Intermediate-Range Nuclear Forces*) in Europa, auf Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses. Da sich hier der Ost-West-Konflikt – kurz vor seinem Ende – noch einmal verschärfte, wird diese Phase des Kalten Krieges auch als »*Second Cold War*« bezeichnet.<sup>25</sup> Der Endpunkt des Untersuchungszeitraums wird mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der

---

<sup>23</sup> Kommentar: Höhepunkte der Détente der 70er Jahre bildeten unter anderem die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte, die Brandt'sche Ostpolitik, SALT I und die Verhandlungen zu SALT II zwischen den USA und UdSSR. (Letzterer Vertrag wurde 1979 unterzeichnet, jedoch, aufgrund der sowjetischen Invasion Afghanistans, vom US-Senat nicht ratifiziert.

<sup>24</sup> Vgl. *Barrass, Gordon* 2016: *Able Archer 83. What Were the Soviets Thinking?*, in: *Survival* 58: 6, S. 7-30.

<sup>25</sup> Vgl. *Halliday, Fred* 1986: *The Making of the Second Cold War*, 2. Aufl., London.

KPdSU und der damit einhergehenden erneuten Entspannung zwischen den Blöcken gewählt. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Grund, warum dieser Zeitraum gewählt wurde, ist der zeitlichen und damit auch der (militär-) technologischen Nähe zu heute geschuldet.

Der zweite Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 2014 bis 2017. Beginnend mit der Ukrainekrise und der damit einhergehenden Annexion der Krim durch Russland, stellt 2014 auch im Hinblick auf die Beziehungen der NATO zu ihrem östlichen Nachbarn eine Zäsur dar. In diesen Zeitraum fallen zudem die beiden NATO-Gipfel in Wales und Warschau. Auf letzterem wurde auch der Gegenstand dieser Arbeit – die eFP – beschlossen. Das Ende der Untersuchung fällt auf den 29. Juni 2017, mit der offiziellen Verkündung der Einsatzbereitschaft der eFP am Rande des Treffens der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel.

In Anbetracht der Forschungsfrage sowie der aufgezeigten Relevanz in Kap. 1 fällt die Falauswahl auf die ›Ostflanke‹ der NATO. Für den Zeitraum 2014 bis 2017 wird sich diese Arbeit also auf das Baltikum (Lettland, Litauen, Estland) und Polen begrenzen, da die eFP diese Staaten betrifft. Die entsprechende Vergleichsgruppe aus dem Zeitraum des Kalten Krieges soll in erster Linie auf Westdeutschland liegen, da dieses Gebiet (auch als

*Central Front* bezeichnet) das entscheidende im Falle eines Konflikts zwischen Warschauer Pakt (WVO) und NATO dargestellt hätte.

### 3.2. Operationalisierung

Die Operationalisierung soll auf zwei Ebenen erfolgen, da das Konzept der Abschreckung auch auf zwei Ebenen funktioniert: Die Arbeit wird sich zum einen auf eine sprachliche und zum anderen auf eine ›konkrete‹ bzw. tatsächliche Ebene fokussieren. Das soll heißen, dass neben offiziellen Statements, strategischen Konzepten und sonstigen Dokumenten der NATO zu einzelnen getroffenen Maßnahmen, auch die konkrete Umsetzung dieser Maßnahmen betrachtet wird. Dabei sollen zunächst beide Untersuchungszeiträume miteinander verglichen werden. Mit Hilfe der bereits existierenden Literatur zum ersten Untersuchungszeitraum werden anschließend die dominanten Erklärungen herausgearbeitet, um daraufhin zu prüfen, ob diese Erklärungen auch für den zweiten Untersuchungszeitraum Gültigkeit besitzen und/oder ob darüber hinaus auch weitere (ergänzende) Erklärungen zu finden sind. Auch wenn die primäre Analyseebene die NATO in ihrer Gesamtheit sein wird, wird sich diese Arbeit zusätzlich den USA, als Hegemonialmacht und wichtigstem Akteur innerhalb des Bündnisses, widmen müssen.<sup>26</sup>

<sup>26</sup> Kommentar: Die Relevanz der USA innerhalb der NATO wird bereits dadurch deutlich, dass die Position des *Supreme Allied Commander Europe* (SACEUR) einem US-Ge-

neral bzw. Admiral vorbehalten ist. Dieser ist auch gleichzeitig Kommandeur des *US European Command* (USEUCOM).

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass diese Arbeit keinen direkten Vergleich zwischen damals und heute anstrebt. Vielmehr sollen diejenigen Elemente herausgearbeitet werden, welche die Gemeinsamkeiten beider, von Spannung gekennzeichneten, Untersuchungszeiträume aufzeigen. Die Tatsache, dass das bipolare System des Kalten Krieges inzwischen von einem uni- bzw. multipolaren System abgelöst wurde, trägt sein Übriges dazu bei, keinen direkten, konkreten Vergleich anstreben zu wollen.

#### 4. Empirische Untersuchung

In diesem Kapitel werden zunächst beide Untersuchungszeiträume dargestellt, um diese abschließend miteinander zu vergleichen. Davon stellt Kap. 4.3 die sich daraus ergebenden Erklärungsmodelle dar. Beginnend mit dem ersten Zeitraum, der auch als »Zweiter Kalter Krieg« bezeichnet werden kann, wird zum einen die militärische Haltung der NATO im Allgemeinen sowie der USA im Besonderen herausgearbeitet. Dafür wird neben der damaligen Strategie des Bündnisses versucht, erste Erklärungsmodelle zu finden. Da dieser Zeitraum – wie der gesamte Kalte Krieg – bereits intensiv in geschichts- und politikwissenschaftlichen Arbeiten untersucht wurde,

wird in erster Linie auf diese Literatur zurückgegriffen.

##### 4.1 Der »Zweite Kalte Krieg«

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das Internationale System geprägt vom US-Sowjetischen Gegensatz. Gleichzeitig begann zu dieser Zeit das atomare Zeitalter. Auf dem europäischen Kontinent war die Blockkonfrontation zwischen NATO und WVO offensichtlich. Während sich hier, über den gesamten Zeitraum des Kalten Krieges, konventionelle Streitkräfte beider Seiten gegenüberstanden und die Gefahr eines Konflikts ständig vorhanden war, gab es dennoch unterschiedliche Phasen der Spannungen.

Die Spannungen des ersten Untersuchungszeitraums drehten sich im Kern um die Stationierung von sog. *Intermediate-range Nuclear Forces* (INF) in Europa im Rahmen des 1979 verabschiedeten NATO-Doppelbeschlusses. Folglich rückte die INF-Thematik in den 1980er Jahren in den Mittelpunkt des Konfliktes zwischen der NATO und der WVO: »The so-called ‚battle for the Euromissiles‘ was indeed the last great political confrontation of the Cold War«<sup>27</sup>.

Die politische Haltung der NATO gegenüber der Sowjetunion bis 1990 war geprägt vom sog. Harmel-Report von 1967.<sup>28</sup> Der Report – benannt nach dem damaligen belgischen

<sup>27</sup> Ploetz, Michael 2001: NATO and the Warsaw Treaty Organisation at the Time of the Euromissile Crisis, 1975 to 1985, in: Schmidt, Gustav (Hrsg.): A History of NATO. The First Fifty Years, Band 2, Basingstoke, S. 209-221, S. 209.

<sup>28</sup> Kommentar: Zur Entstehung und Wirkung des Harmel-Reports, siehe: Hafterdom, Helga 1992: Die NATO in der Krise. Der Harmel-Bericht von 1967, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40: 2, S. 169-221.

Außenminister – identifizierte zwei Hauptfunktionen der Allianz: (1) Abschreckung und Verteidigung bei (2) gleichzeitigen Bemühungen um Détente und Entspannung.<sup>29</sup>

Die Verknüpfung von glaubwürdiger Abschreckung bei gleichzeitigem Suchen nach Entspannung – vor allem durch Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR – stellt auch für den zu untersuchenden Zeitraum die Grundlage dar, auf welcher die Allianz ihr Verhalten gegenüber der UdSSR und der WVO fußte. Diese Herangehensweise wurde auch in den 1980er Jahren immer wieder durch den Nordatlantikrat (NAC) bestärkt. Exemplarisch lässt sich folgender Auszug aus dem Final Communiqué des NAC-Treffens vom 17.–18. Mai 1982 in Luxemburg zitieren:

»The Allies are determined to maintain adequate military strength and political solidarity in order to assure a balance of forces and to deter aggression and other forms of pressure. On this base, in the interest of peace and international stability, the Allies will persevere in their efforts to establish a more constructive East-West relationship aiming at genuine détente through dialogue and negotiation and mutually advantageous exchanges«<sup>30</sup>.

Wie bereits in Kap. 3.1 erwähnt, nahmen die Spannungen bereits Ende der 1970er Jahre zu. Im Folgenden wird zunächst kurz auf

diese Periode eingegangen, um anschließend die NATO-Strategie gegenüber der Sowjetunion näher zu betrachten.

#### 4.1.1 Das Ende von Détente

Bereits Mitte der 1970er Jahre standen die Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent vor einer neuen Herausforderung: MAD ließ die Option eines Nuklearkrieges für die USA politisch unmöglich werden. Des Weiteren befanden sich die konventionellen Kräfte zwischen NATO und WVO im Ungleichgewicht, zu Gunsten letzterer.<sup>31</sup> Die angestrebte *balance of power* bestand also nicht mehr.

Daher beschloss die NATO auf dem NATO-Gipfel 1978 in Washington D.C. das sog. *Long Term Defense Programme* (LTDP). Dessen Ziel war:

»to improve the readiness of NATO's forces and the mobilization of reserves, to strengthen NATO's air defences, to counter the electronic warfare threat, to enhance NATO's maritime posture, to provide more effective logistic support for all NATO forces, and to improve NATO's command, control and communications arrangements«<sup>32</sup>.

Ferner diente das LTDP dazu, »to accelerate the movement of significant reinforcements

<sup>29</sup> Major/Mölling 2017: S. 13-14.

<sup>30</sup> North Atlantic Council 1982a: Final Communiqué, in: <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c820517a.htm>; 26.10.2018, Abs. 2.

<sup>31</sup> Adamsky, Dima P. 2009: The Conceptual Battles of the Central Front. The Air-land Battle and the Soviet Military-

Technical Revolution, in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev 1975-1978, New York, NY, S. 150-162, S. 150.

<sup>32</sup> North Atlantic Council 1978: Final Communiqué, in: <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c780530a.htm>; 26.10.2018, Abs. 23.

to the forward areas in a time of crisis«<sup>33</sup>. Daneben verpflichteten sich alle NATO-Staaten ab 1980, ihren Verteidigungsetat jährlich um 3% zu erhöhen.<sup>34</sup>

Das LTDP schloss auch die Modernisierung der Nuklearkräfte »in und für Europa« ein.<sup>35</sup> Dieses Vorhaben wurde ein Jahr darauf im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses konkretisiert: Vor dem Hintergrund, dass die UdSSR mit der SS-20 bereits eine neue Mittelstreckenrakete (*Intermediate-Range Ballistic Missile*, kurz: IRBM) mit Mehrfachsprengköpfen (*Multiple Independently Targetable Reentry Vehicles*, MIRVs) entwickelt hatte, beschloss die NATO 1979 ihrerseits die Stationierung von 108 amerikanischen Pershing II IRBMs und 464 Tomahawk-Marschflugkörpern (GLCMs) in Westdeutschland, Großbritannien, Italien, Belgien und den Niederlanden.<sup>36</sup> Parallel dazu sollten bilaterale Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR aufgenommen werden. Die Verteidigungs- und Außenminister der NATO-Staaten kündigten dabei auch gleich den Abzug von 1.000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen aus Europa zum nächst möglichen Zeitpunkt an.<sup>37</sup>

Mit der sowjetischen Invasion Afghanistans im gleichen Jahr sahen sich die USA und ihre

Verbündeten in ihrer Annahme einer sowjetischen Gefahr für die Welt erneut bestätigt.

#### 4.1.2 Ost-West-Beziehungen unter der Reagan Administration

»President Ronald Reagan's attacks on the Soviet Union were a major factor in the escalation of the Second Cold War. [...] Carters perceived weakness at dealing with yet another example of Soviet aggression [die Invasion Afghanistans] was one of the deciding factors that resulted in [...] victory for Ronald Reagan«<sup>38</sup>.

Als konservativer Politiker und bekennender Antikommunist entschied sich Ronald Reagan den »Zweiten Kalten Krieg« »with vigour on all fronts«<sup>39</sup> zu führen. Auch John L. Gaddis kommt mit Blick auf Reagans Wahlerfolg 1981 zu folgendem Fazit:

»Reagan quite decisively defeated him [Jimmy Carter] by running on a platform calling for rejection of the SALT II treaty, a rapid increase in defense spending that would produce military superiority over the Soviet Union, and a return to containment in its most militant form«<sup>40</sup>.

Damit endeten auch vorerst die Rüstungsverhandlungen, welche der NATO-Doppelbeschluss vorgesehen hatte.<sup>41</sup> 1983 wurde die

<sup>33</sup> *North Atlantic Council* 1978: Abs. 23.

<sup>34</sup> *Leppgold* 1998: S. 89, Fn. 37. Kommentar: Dieser Verpflichtung kamen nur wenige Mitgliedstaaten nach.

<sup>35</sup> *BMVg* (Hrsg.) 1979: Weißbuch 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Berlin, S. 128.

<sup>36</sup> *Wheeler, Michael O.* 2001: NATO Nuclear Strategy, 1949-90, in: Schmidt, Gustav (Hrsg.): A History of NATO. The First Fifty Years, Band 3, Basingstoke, S. 121-139, S. 134.

<sup>37</sup> *Wheeler* 2001: S. 135.

<sup>38</sup> *Phillips, Steve* 2001: The Cold War. Conflict in Europe and Asia, Oxford, S. 186.

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> *Gaddis, John Lewis* 1992a: The United States and the End of the Cold War. Implications, Reconsiderations, Provocations, New York, NY, S. 120.

<sup>41</sup> Diese wurden erst wieder 1982 mit den INF-Verhandlungen aufgenommen.

Entscheidung zur Stationierung der oben genannten IRBMs und GLCMs nach fruchtlosen INF-Gesprächen durchgeführt. Dies hatte zur Folge, dass die Sowjetunion Verhandlungen darüber komplett abbrach. Erst 1985 wurden sie wiederaufgenommen. Im gleichen Jahr hielt Präsident Reagan seine berühmte »Evil-Empire«-Rede vor der *National Association of Evangelicals* in Florida.<sup>42</sup> Die Rede unterstreicht den ideologischen Charakter des Konflikts. Weiter kündigte er neben der *Strategic Defense Initiative* (SDI) auch eine in der US-Geschichte nie dagewesene Erhöhung der Rüstungsausgaben an:

»The concept behind SDI – and the reason much of the public came to call it ‘Star Wars’ – was to craft a defense against ballistic missiles utilizing exotic technologies, lasers or particle-beam projectors«<sup>43</sup>.

Auf Basis der Daten des *Stockholm International Peace Research Institutes* (SIPRI) zeigt Tab. 1 die Militärausgaben der USA US-Dollar der Kalenderjahre 1980–1982.

**Tab. 1: US-Militärausgaben 1980–82.<sup>44</sup>**

Jahr	1980	1981	1982
Militärausgaben	138,2	169,9	213,6
Diff. zum Vorjahr	+15,9	+31,7	+43,7

<sup>42</sup> Kommentar: In dieser Rede bezeichnete Reagan die UdSSR als »evil empire« und rief dazu auf das Wettüsten als ein »struggle between right and wrong and good and evil« zu verstehen, siehe: <http://voicesofdemocracy.umd.edu/ronald-reagan-address-to-the-national-association-of-evangelicals-the-evil-empire-8-march-1983/>; 26.10.2018.

<sup>43</sup> Prados, John 2009: The Strategic Defense Initiative. Between Strategy, Diplomacy and US Intelligence Estimates,

Ziel dieser Ausgabenerhöhung im Rüstungssektor war es, die UdSSR in ein Wettüsten zu verwickeln, welches – auf Grund der wirtschaftlichen Stärke – zu Gunsten der USA verlaufen würde.<sup>45</sup> Die in Tab. 1 aufgeführten Zahlen können zwar keine Aussage über die Stationierung von Einheiten in Europa treffen, nichtsdestotrotz zeigen sie deutlich die Richtung der USA unter Ronald Reagan und seiner Vorgängeradministration auf. Neben den erhöhten Rüstungsausgaben sorgte die Reagan-Administration auf konventioneller Ebene dafür, dass die Zahl der in Westdeutschland stationierten US-Truppen zwischen 1981 und 1985 im Schnitt bei 250.000 Mann lag, was gegenüber der Vorgängeradministration unter Präsident Carter einem Anstieg von 25.000 Mann entsprach.<sup>46</sup>

Auch die anderen NATO-Staaten unterstrichen auf dem NATO-Gipfel in Bonn 1982 erneut den Fokus auf konventionelle Streitkräfte:

»Pursuant to the principles set out in the Programme for Peace and Freedom, we agree that, in accordance with current NATO defence plans, and within the context of NATO strategy and its triad of forces, we will continue to strengthen

in: Nuti, Leopoldo (Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev 1975-1978, New York, S. 86-98, S. 86.

<sup>44</sup> Eigene Darstellung nach <https://sipri.org/databases/milex>; 26.10.2018.

<sup>45</sup> Kommentar: Es herrscht Dissens darüber, ob diese Strategie zum Ende des Kalten Kriegs beitrug oder nicht.

<sup>46</sup> Vgl. <https://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/pentagon/maps/4.html>; 26.10.2018.



NATO's defence posture, with special regard to conventional forces«<sup>47</sup>.

Das folgende Unterkapitel wird sich nun mit der NATO-Strategie in Westdeutschland beziehungsweise in Europa beschäftigen.

#### 4.1.3 Die Strategie der NATO

Die strategische Organisation der Einheiten in Westdeutschland blieb im Großen und Ganzen seit dem *Overall Strategic Concept* von 1968 unverändert. Die NATO verfolgte eine Strategie der Vorverteidigung (*forward defense*).<sup>48</sup> An der deutsch-deutschen Grenze waren die NATO-Truppen in Form eines »Schichtkuchens« organisiert (s. Abb. 1).

Die acht Korps waren zu je vier Korps in zwei Heeresgruppen unterteilt.<sup>49</sup> Hinzu kam in Schleswig-Holstein ein multinationales deutsch-dänisches Korps (LANDJUT). Zusätzlich befanden sich auf dem Territorium der Bundesrepublik französische Einheiten. Da sich Frankreich jedoch seit 1966 nicht mehr in der gemeinsamen Kommandostruktur der Allianz befand, waren jene Einheiten nicht in die oben dargestellte Organisation eingebunden. Nichtsdestotrotz hätten die französischen Einheiten im Ernstfall die stationierten NATO-Truppen unterstützt.

Die Strategie der Vorverteidigung wurde sowohl aus politischen als auch aus militärischen Gründen gewählt. Der politische Hintergrundgedanke dieser Strategie war in erster Linie dem deutschen NATO-Partner geschuldet: Der Krieg sollte möglichst an der Grenze ausgefochten werden, um eine Besetzung der Bundesrepublik im besten Falle zu verhindern. Dies ließ die Gefahr, dass die Bundesrepublik von ihren Verbündeten »geopfert« werden könnte, sollte die Sowjetunion bei einem Angriff lediglich die Eroberung Westdeutschlands zum Ziel haben, steigen. Daher sah die Bundesrepublik keine Alternative zur »Vorverteidigung«.<sup>50</sup> Auch wenn damit die Alternativstrategie der manöverorientierten Verteidigung nicht weiter verfolgt wurde, soll das nicht heißen, dass nicht beide Strategien bisweilen intensiv debattiert wurden.<sup>51</sup>

<sup>47</sup> *North Atlantic Council* 1982b: Document on Integrated NATO Defense, online unter: <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c820610c.htm>; 26.10.2018.

<sup>48</sup> *North Atlantic Military Committee* 1968: Final Decision on MC 14/3. A Report by the Military Committee to the Defense Planning Committee on Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area, in: Pedlow, Gregory W. (Hrsg.): NATO Strategic

Documents, online unter: <http://www.nato.int/docu/stratdoc/eng/a680116a.pdf>; 26.10.2018, S. 3.

<sup>49</sup> Kommentar: Ein Korps bestand aus 2-3 Divisionen.

<sup>50</sup> *BMVg* 1979: S. 128.

<sup>51</sup> Für eine zeitgenössische Einordnung der manöverorientierten Strategie, siehe: *Mearsheimer, John J.* 1981: Maneuver, Mobile Defense, and the NATO Central Front, in: *International Security* 6: 1, S. 104-122.



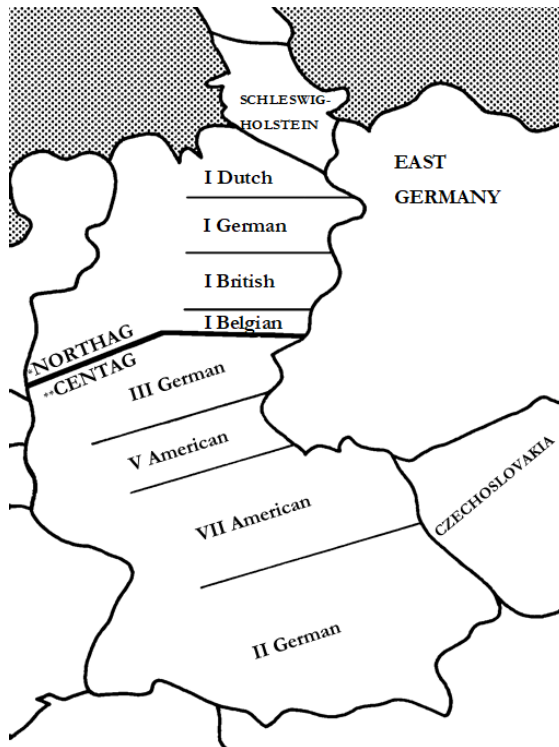


Abb. 1: NATO Korps-Sektoren.<sup>52</sup>

\*Northern Army Group

\*\*Central Army Group

Im Falle eines Angriffs plante die Allianz einen Kampf in drei Phasen:

**Phase 1:** Die an der Grenze stationierten Einheiten (s.o.) würden versuchen, dem Angriff so gut wie möglich zu widerstehen mit dem Ziel Zeit zu gewinnen »by slowing down the momentum of the first echelon of attacking forces«<sup>53</sup>. Es wurde davon ausgegangen, dass sich die formale Strategie der Vorvertheidigung in der Praxis zu einem kämpfenden Rückzug auf Verteidigungslinien an den Flüssen Lech und Weser entwickeln würde. Gleichzeitig würde die gewonnene Zeit dazu genutzt werden, die NATO-Einheiten durch

sechs weitere Divisionen und 60 Luftgeschwader aus den Vereinigten Staaten zu verstärken. Zusätzlich würden etwa 60.000 Soldaten aus Großbritannien an die Front eilen. In den anschließenden Wochen nach der Mobilisierung der US-Reserven würden weitere Einheiten in Europa eintreffen.

**Phase 2:** Anschließend an Phase 1 würde die Allianz in einen Gegenangriff übergehen, in der Hoffnung, bereits hier den Angriff des Warschauer Paktes zurückzuschlagen.

**Phase 3:** Im Falle eines fehlgeschlagenen Gegenangriffs plante die NATO in der letzten Phase Nuklearschläge auf angreifende Einheiten, Infrastruktur im Hinterland und Flughäfen in Nähe urbaner Zentren.<sup>54</sup>

Phase 3 verdeutlicht, dass die Allianz grundsätzlich dazu bereit war, im Ernstfall einen konventionellen Konflikt bis zum nuklearen Krieg eskalieren zu lassen. Diese Eskalationsbereitschaft trug folgendermaßen zur Abschreckung bei: Zunächst besaß die Allianz in erster Linie durch die Atomwaffen der USA die geeigneten Mittel (*capability*), um überhaupt mit dieser Form der Eskalation drohen zu können. Auf nuklearer Ebene war die Frage nach der Glaubwürdigkeit (*credibility*) des Waffeneinsatzes problematischer als die Frage der *capability*. Auch heute noch profitieren die europäischen NATO-Länder von dieser sog. *extended deterrence* der USA.

<sup>52</sup> Darstellung nach Mearsheimer 1983: S. 170.

<sup>53</sup> Nation, R. Craig 2009: Programming Armageddon. Warsaw Pact War Planning, 1969-1985, in: Nuti, Leopoldo

(Hrsg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev 1975-1978, New York, NY, S. 124-136, S. 126.

<sup>54</sup> Nation 2009: S. 126. Für eine Darstellung aus Sicht des Warschauer Paktes siehe: Nation 2009: S. 127-128.

#### 4.1.4 Erklärungen des ›Zweiten Kalten Krieges‹

Nachdem nun der Untersuchungszeitraum dargestellt wurde, widmet sich dieses Unterkapitel – unter Zuhilfenahme der bereits existierenden Literatur – der Identifizierung der wichtigsten Erklärungsmodelle. Es muss festgehalten werden, dass im Folgenden in erster Linie auf die bilateralen Beziehungen zwischen USA und UdSSR eingegangen wird, da beide Mächte in ihren jeweiligen Blöcken die entscheidenden waren. Insbesondere waren es US-Raketen, die 1983 in Europa stationiert wurden.

Fraglich ist nun, wie es zur Entscheidung des NATO-Doppelbeschlusses kam. Dies ist zum einen auf die technologischen Entwicklungen dieser Raketen zurückzuführen, aber auch auf das zunehmende strategische Ungleichgewicht zwischen WVO und NATO auf konventioneller und nuklearer Ebene.

Wie bereits oben erwähnt, ruhte die Strategie der NATO in erster Linie auf der abschreckenden Wirkung des Nuklearwaffenarsenals der Vereinigten Staaten. Da sich die NATO auch geographisch in einem Nachteil befand (insbesondere bei der Verstärkung der Front durch konventionelle Truppen und durch die geringe strategische Tiefe) und weithin angenommen wurde, dass die konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes denen des westlichen Bündnisses zumindest quantitativ

überlegen waren, setzte die Allianz im Konfliktfall auf nukleare Eskalation.

Unter der Carter-Administration kamen die beiden Supermächte zu einer Annäherung, die 1979 in der Unterzeichnung von SALT II mündete. Doch insbesondere der zunehmende sowjetische Einfluss in der ›Dritten Welt‹ mit dem Höhepunkt der Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion setzte Präsident Carter zunehmend unter innenpolitischen Druck:

»As Soviet influence in the Third World increased, the approach of negotiation [...] seemed, to many on the American right, to give the USSR the advantage, as they were unlikely to keep to agreements signed with the West«<sup>55</sup>.

Hinzu kamen innenpolitische Aspekte auf Seiten der UdSSR in Form der zunehmenden Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Leonid Breschnew. Auch durch Carters *National Security Advisor* Zbigniew Brzezinski nahm die USA gegenüber der Sowjetunion einen härteren Kurs ein. Dieser schlug sich weniger in Europa und durch die NATO nieder, als vielmehr durch zunehmende Unterstützung antikommunistischer Gruppen und Regierungen der ›Dritten Welt‹ durch die USA.<sup>56</sup> Mit der Invasion Afghanistans war die Zeit der Détente endgültig beendet.<sup>57</sup> Der Sowjetunion sollte Afghanistan als Pufferstaat gegen den Iran und den dortigen revolutionären, muslimischen Fundamentalismus dienen. Die

<sup>55</sup> Phillips 2001: S. 185.

<sup>56</sup> Ebd.; Kommentar: Beispielsweise begannen die USA 1979 mit der Unterstützung der *Contras* in Nicaragua.

<sup>57</sup> Ebd.

UdSSR fürchtete eine Ausbreitung der iranischen Revolution auf die Region und damit auch auf die muslimische Bevölkerung der angrenzenden sowjetischen Unionsrepubliken (u.a. das heutige Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan). Nachdem die pro-sowjetische Regierung Afghanistans auf zunehmende Ablehnung durch fundamentalistische Muslime und andere Gruppen stieß und nachdem der afghanische Präsident Hafizullah Amin Kontakte zur CIA aufgenommen hatte, beschloss die UdSSR die Installation einer erneuten pro-sowjetischen Regierung, welche im Verlauf durch 100.000 sowjetische Soldaten an der Macht gehalten wurde.<sup>58</sup>

Die Reaktion der Carter-Administration auf diese Invasion war neben der bereits erwähnten Nicht-Ratifizierung des SALT-II Vertrags durch den US-Senat, auch die Beendigung der wirtschaftlichen Kontakte zwischen beiden Supermächten und der Aufruf beziehungsweise die Unterstützung des Boykotts der Olympischen Spiele 1980 in Moskau.<sup>59</sup>

Darüber hinaus unterzeichnete Carter 1980 mit der *Presidential Directive 59* die Aufstockung des Nuklearwaffenarsenals der USA »to deter nuclear attacks not only on our own country but also on our forces overseas, as well as on our friends and allies, and to

contribute to deterrence of non-nuclear attacks«<sup>60</sup>.

Zusammenfassend lässt sich über den »Zweiten Kalten Krieg« Folgendes sagen: »If the Second Cold War was generated by a change in US policy, it was a change in Soviet political thinking that brought about the end of the Cold War«<sup>61</sup>.

## 4.2 Ukrainekrise, Wales, Warschau und die eFP

Der zweite Untersuchungszeitraum umfasst zwar eine kürzere Zeitspanne, doch auch hier lohnt sich ein Blick auf die Ereignisse, welche 2016 der Entscheidung der NATO, konventionelle Einheiten an die russische Grenze zu senden, vorangegangen sind. Daher wird sich das folgende Unterkapitel zunächst der knappen Darstellung dieser Entwicklungen widmen, um anschließend die eFP näher darzustellen.

### 4.2.1 Ukrainekrise und NATO-Gipfel

Die Annexion der Krim durch Russland – die erste Annexion durch ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates<sup>62</sup> – sorgte auch in der NATO für ein erneutes Umdenken. Seit Ende des Kalten Krieges traten zahlreiche post-sowjetische Staaten dem Verteidigungsbündnis bei und vollzogen damit – verbunden mit dem Ziel einer EU-Mitgliedschaft – zunehmend eine Westanbindung. Auch die

<sup>58</sup> Phillips 2001: 186.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Carter, Jimmy 1980: Presidential Directive 59. Nuclear Weapons Employment Policy, online unter: <https://fas.org/irp/offdocs/pd/pd59.pdf>, 26.10.2018, S. 1.

<sup>61</sup> Phillips 2001: 189.

<sup>62</sup> Grant, Thomas D. 2015: Annexation of Crimea, in: The American Journal of International Law 109: 1, S. 68-95, S. 68.

Ukraine pflegte bereits ab 1990 enge Beziehungen zur NATO. Weiterhin bestärkte die Allianz 2008 ihrerseits in Bukarest den Entschluss der NATO-Mitgliedschaft neben Georgien auch für die Ukraine.<sup>63</sup> Auf die näheren Ursachen für den 2014 eskalierenden Ukraine-Konflikt kann hier nicht weiter eingegangen werden.<sup>64</sup>

In Antwort auf die russischen Handlungen während des Ukraine-Konflikts und der Krimkrise – insbesondere die dabei praktizierte Form der sog. hybriden Kriegsführung – beschloss die NATO-Partner 2014 in Wales den sog. *Readiness Action Plan* (RAP), der auch die Grundlage für die eFP bildet:

»It responds to the challenges posed by Russia and their strategic implications. It also responds to the risks and threats emanating from our southern neighbourhood, the Middle East and North Africa. The Plan strengthens NATO's collective defence. It also strengthens our crisis management capability«<sup>65</sup>.

Der RAP soll demnach die Fähigkeit der Allianz, auf sicherheitspolitische und sonstige Krisen reagieren zu können, erhöhen und gleichzeitig gegenüber Russland die kollektive Verteidigung stärken.

Im Blick auf die Ostflanke der NATO besteht der RAP aus zwei Elementen: zum einen aus »Rückversicherungsmaßnahmen« (*reassurance*) und zum anderen aus »Anpassungsmaßnahmen« (*adaptation*).<sup>66</sup> Erstere sollen durch verstärkte Militärpräsenz an der Ostflanke der Allianz erfolgen. Die eFP stellt also eine solche »Rückversicherungsmaßnahme« dar. »Anpassungsmaßnahmen« sind die Umstrukturierung der *NATO Response Force* (NRF) und die Aufstellung der *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF). Seitdem wird die NRF auch als *enhanced-NRF* (e-NRF) bezeichnet.<sup>67</sup> Außerdem wurden insgesamt sechs *NATO Force Integration Units* (NFIU) geschaffen, die als Stabs- und Unterstützungselemente die Koordinierung der NATO-Streitkräfte entlang der gesamten Ostgrenze verbessern sollen.<sup>68</sup>

#### 4.2.2 Enhanced Forward Presence – eFP

Die eFP, zu Deutsch auch »erweiterte Vorpräsenz«, besitzt eine Stärke von insgesamt etwa 4.500 Soldaten. Diese werden von unterschiedlichen NATO-Staaten auf freiwilliger Basis gestellt. Abb. 2 bietet einen organisatorischen Überblick über die eFP und die teilnehmenden Staaten.

<sup>63</sup> *North Atlantic Council* 2008: Bucharest Summit Declaration, online unter: [http://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_8443.htm](http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_8443.htm); 26.10.2018, Abs. 23.

<sup>64</sup> Dafür sei an dieser Stelle unter anderem auf *Mearsheimer John J.* 2014b: *Why the Ukraine Crisis is the West's Fault*, in: *Foreign Affairs* 93: 5, S. 1-12 und *Wilson, Andrew* 2014: *Ukraine Crisis. What it means for the West*, New Haven, CT verwiesen.

<sup>65</sup> *North Atlantic Council* 2014: *Wales Summit Declaration*, online unter: [http://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_112964.htm](http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm); 26.10.2018, Abs. 5.

<sup>66</sup> *North Atlantic Council* 2014: Abs. 6.

<sup>67</sup> Kommentar: Das Oberkommando über die NRF liegt beim SACEUR. Über den Einsatz der NRF entscheidet der NAC.

<sup>68</sup> Neben Estland, Lettland, Litauen und Polen bestehen NFIU in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Slowakei.

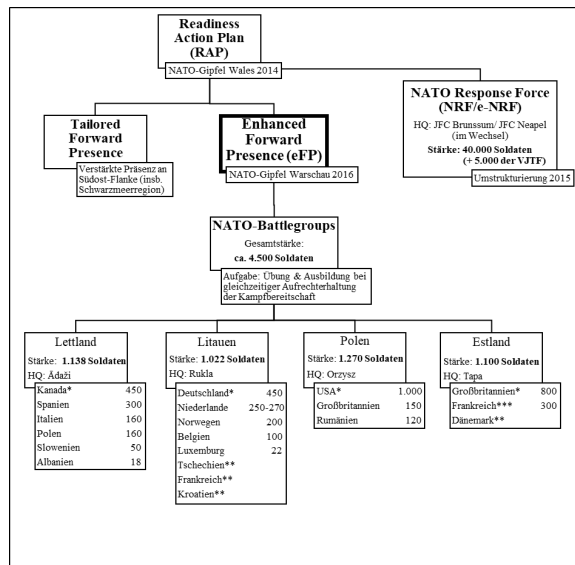


Abb. 2: eFP Struktur.<sup>69</sup>

\*Rahmennation  
\*\*seit 2018  
\*\*\*nur 2017

Wie bereits erwähnt, stellt die eFP eine »Rückversicherungsmaßnahme« innerhalb des RAP dar. Die *Tailored Forward Presence* wurde hier mit aufgenommen, da sie eine ähnliche Funktion für die Südost-Flanke des Bündnisses erfüllen soll. Allerdings ist hier nicht die gleiche Präsenz von NATO-Einheiten vorgesehen wie im Baltikum und Polen. Jeweils eine der vier multinationalen *Battlegroups* befindet sich in einem Land. Diese Kampfgruppen sind auf rotierender Basis vor Ort, wodurch die NATO-Russland Grundakte von 1997 umgangen wird. Eine permanente Stationierung findet formell also nicht statt, da die Einheiten immer nur für sechs Monate entsendet werden.

Organisatorisch bilden die »Rahmennationen« (Kanada in Lettland, Deutschland in Litauen, USA in Polen und Großbritannien in Estland) den Kern der jeweiligen BG. Die Einheiten bestehen zum größten Teil aus motorisierten und mechanisierten Infanterieeinheiten, mit Schützen- und Kampfpanzern.<sup>70</sup> Hinzu kommen Artillerie-, Pionier-, Aufklärungs-, Logistikeinheiten und eine Flugabwehreinheit in der BG Polen. Beabsichtigt sind die Zusammenarbeit und das gemeinsame Training mit den jeweiligen Streitkräften der Gastnationen. Dies soll die Interoperabilität unter den einzelnen Verbänden sowie zwischen den Gastnationen stärken. Gleichzeitig sollen die multinationalen Verbände Kampfbereitschaft aufweisen. Letztes ist auch die Hauptaufgabe der *Battlegroups*. Neben der Präsenz auf dem Land versucht die NATO, auch zu Wasser und in der Luft Abschreckung und Rückversicherung zu demonstrieren. Mit Blick auf das Baltikum und Polen umfasst dies die seit 2004 bestehende *Baltic Air Policing Mission*, *Airborne Warning and Control System* (AWACS) Patrouillenflüge sowie die Verstärkung der *Standing Naval Forces* (SNF).<sup>71</sup> Die eFP stellt somit die konventionelle Landkomponente für die Abschreckung an der

<sup>69</sup> Eigene Darstellung nach [http://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/pdf\\_2017\\_05/1705-factsheet-efp.pdf](http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2017_05/1705-factsheet-efp.pdf); 26.10.2018.

[http://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/pdf\\_2017\\_03/20170316\\_170316-def-det-map.pdf](http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2017_03/20170316_170316-def-det-map.pdf); 26.10.2018.

<sup>70</sup> Kommentar: Der Unterschied zwischen mechanisierter und motorisierter Infanterie liegt darin, das Letztere er-

höhte Mobilität erlangen durch den Transport mit Kraftfahrzeugen, das Gefecht jedoch abgesehen führen. Mechanisierte Infanterie hingegen wird von eigenen Schützen- oder Kampfpanzern unterstützt und führt das Gefecht wechselnd auf- oder abgesehen.

<sup>71</sup> Kommentar: Bestehend aus jeweils zwei *Standing NATO Maritime Group* (SNMG 1&2) und *Standing NATO Mine Countermeasures Group* (SNMCMG 1&2).



NATO-Ostflanke. Da die stationierten Verbände kampfbereit sind, wird im Folgenden kurz auf die militärische Lage eingegangen, sollte es zu einem Konflikt kommen:

Den geographisch wichtigsten Punkt bildet die sog. »Suwalki-Lücke« an der litauisch-polnischen Grenze. Aufgrund dieser »Lücke« zwischen der russischen Exklave Kaliningrad und Weißrussland könnten im Falle eines russischen Angriffs die Baltischen Staaten von Polen leicht abgeschnitten werden. Somit wäre die NATO bei der Entsendung von Verstärkung auf den Seeweg über die Ostsee angewiesen.<sup>72</sup> Die in Polen stationierte BG hat auch bereits eine erste Übung in diesem Gebiet unternommen. Zu erwähnen ist hier, dass Weißrussland und Russland unter anderem durch den sog. »Unionsstaat Russland und Weißrussland« (russisch: *Sajuznaja dzjarschawa Rasii i Belarusi*) verteidigungspolitisch eng zusammenarbeiten.<sup>73</sup> Diese Zusammenarbeit umfasst auch gemeinsame militärische Übungen, wie beispielsweise eine Luftlandeübung im Ende Februar 2017 in der russischen Oblast Pskow, welche an die baltischen Staaten grenzt.

Die »Kampfgruppen« dienen jedoch in erster Linie als »Stolperdraht«. Durch ihre Anwesenheit verdeutlichen sie die Verbindlichkeit des Art. 5 des NATO-Vertrages und erhöhen somit die Kosten, mit denen Russland im Falle

eines Konflikts zu rechnen hat. Dies stellt somit vielmehr ein politisches Symbol als eine tatsächlich wirksame Verteidigung dar. Mit einem Blick in den angrenzenden russischen westlichen Militärbezirk wird dies deutlich: Hier finden regelmäßig Manöver der russischen Streitkräfte mit bis zu 100.000 Soldaten statt und durch die Modernisierung seines Militärs ist Russland in der Lage

»to create positions of local military advantage in its immediate vicinity, advantages that extent to the ability to seize and hold territory, and then to be able to deploy higher-order capabilities, ranging from anti-access/area-denial (A2/AD) systems to nuclear weapons«<sup>74</sup>.

Sinn und Zweck der Kampftruppen der eFP ist somit zum einen die Stärkung des Bündnisses nach innen, indem den baltischen Staaten und Polen die Verpflichtung zur Bündnisolidarität demonstriert wird und zum anderen die Darstellung von Einheit und Willen der Allianz, gegenüber Russland im Ernstfall bereit zu sein. Sollte es dennoch zu einem Konflikt mit Russland kommen, so gleicht die Aufgabe der *Battlegroups* denen der NATO-Korps der 1980er Jahre: Verteidigung und möglichst lange Verzögerung des Angriffes bis zum Eintreffen von Verstärkung. In der gemeinsamen Erklärung der Verteidigungsminister der eFP-Gast- und Rahmennationen vom 29. Juni 2017 heißt es:

<sup>72</sup> Kommentar: Die *Suwalki-Gap* weckt Erinnerungen an die *Fulda-Gap*.

<sup>73</sup> Siehe dazu das offizielle Portal des Unionsstaats, online unter: <http://eng.soyuz.by>; 26.10.2018.

<sup>74</sup> Colby, Elbridge/Solomon, Jonathan 2015: Facing Russia. Conventional Defense and Deterrence in Europe, in: *Survival* 57: 6, S. 21-50, S. 22.

»Today, we declare that the four highly capable, flexible and interoperable multinational battlegroups are ready and able to deter and, if necessary, immediately respond to any aggression in concert with national forces underpinned by a viable reinforcement strategy«<sup>75</sup>.

Im Hinblick auf die Verstärkung des eFP-Gebietes und des Baltikums im Besonderen ist umstritten, ob eine glaubhafte bzw. ausreichende Verstärkung im Ernstfall erfolgen kann. Dabei spielt auch die Infrastruktur eine entscheidende Rolle. David A. Shlapak kommt hier zur Einschätzung, dass die Verteidigungsinfrastruktur der NATO (inkl. Hauptquartiere, Militärbasen und andere Einrichtungen, Verkehrs- und Kommunikationswege, Transportmöglichkeiten, sowie entsprechende rechtliche Vorgaben) aktuell keine adäquate »warfighting posture«<sup>76</sup> östlich der Oder erlauben.

Vor diesem Hintergrund kann also festgehalten werden, dass die eFP zwar erfolgreich die Glaubwürdigkeit beziehungsweise die Intention der NATO demonstriert, Art. 5 des NATO-Vertrages im Ernstfall auch umzusetzen, an der Bereitstellung der dafür tatsächlich notwendigen konventionellen *capabilities* jedoch scheitert. Die eFP stellt dahingehend jedoch zumindest einen Schritt dar, die notwendige *capability* aufzubauen.

Nachdem in diesem Kapitel die Hintergründe der eFP näher aufgezeigt und diese selbst konkreter erläutert wurden, widmet sich das nun folgende Kapitel den Erklärungsmodellen, die sich aus den Darstellungen des Kap. 4.1 und 4.2 ableiten lassen können.

### 4.3 Ableitung der Erklärungsmodelle

Nachdem beide Untersuchungszeiträume ausführlich dargelegt wurden, werden vor diesem Hintergrund nun entsprechende Erklärungsmodelle aufgestellt, die anhand des darauffolgenden Vergleichs beider Zeiträume entsprechend hervorzuarbeiten sind. Dabei kann zunächst grundsätzlich zwischen »äußeren« und »inneren« Erklärungsmodellen unterschieden werden:

A) »äußere« Erklärungsmodelle:

- (1) Eine tatsächliche oder auch nur wahrgenommene Bedrohung von außen – hier: durch Russland bzw. der Sowjetunion/der WVO führt dazu, dass die NATO verstärkt Maßnahmen zur Territorialverteidigung und Abschreckung ergreift;
- (2) In Verbindung mit (1) entsteht eine Rüstungsspirale (verstärkt durch technologischen Fortschritt), was zu einem Sicherheitsdilemma führt;

<sup>75</sup> 29. Juni 2017: Common Declaration of the Defence Ministers of the Enhanced Forward Presence Host and Framework Nations on the Implementation of Enhanced Forward Presence, in: [http://www.nato.diplo.de/content/blob/5085484/Daten/7697779/00\\_20170629\\_Common\\_declaration.pdf](http://www.nato.diplo.de/content/blob/5085484/Daten/7697779/00_20170629_Common_declaration.pdf); 30.06.2017.

<sup>76</sup> Shlapak, David A. 2017: Deterring Russian Aggression in the Baltic States. What it Takes to Win. Testimony Before the Committee on Armed Services, Subcommittee on Tactical Air and Land Forces, United States House of Representatives, 01.03.2017, online unter: [http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/testimonies/CT400/CT467/RAND\\_CT467.pdf](http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/testimonies/CT400/CT467/RAND_CT467.pdf); 26.10.2018, S. 3.



B) innere Erklärungsmodelle:

- (3) Ziel ist es, durch gemeinsames starkes Auftreten nach außen Stabilität und Einheit ins Innere der Allianz zu projizieren mit dem Ziel, Bündnispartnern die Beistandsversicherung zu geben;
- (4) Die Maßnahmen werden ergriffen, weil innerhalb der dominanten Macht der Allianz (den USA) eine antikommunistische, respektive antirussische Partei an der Macht ist.

Inwiefern die hier dargestellten Erklärungsmodelle auf beide Untersuchungszeiträume zutreffen, wird im folgenden Kapitel untersucht. Damit verbunden ist ebenfalls der Vergleich der beiden Zeiträume.

#### 4.4 Vergleich und Interpretation der Untersuchungszeiträume

Dieses Kapitel stellt dar, inwieweit die beiden Untersuchungszeiträume Parallelen oder Unterschiede aufweisen. Tab. 2 bietet dafür einen Gesamtüberblick. Es lassen sich insgesamt vier Faktoren benennen, welche hier von Bedeutung sind: (1) die wahrgenommene oder tatsächliche Bedrohung von außen, (2) damit verbunden eine Rüstungsspirale und das klassische Sicherheitsdilemma, (3) eine Allianzodynamik sowie (4) US-Innenpolitik.

Mit Blick auf (1) kann festgestellt werden, dass zu beiden Zeiträumen eine zumindest wahrgenommene Bedrohung von außen, also von Seiten der Sowjetunion bzw. WVO respektive Russlands, vorhanden war/ist: Im ersten Untersuchungszeitraum bestand eine Bedrohung in Form eines konventionellen

Konfliktes mit den Streitkräften des Warschauer Paktes in Zentraleuropa, der wahrscheinlich schnell in einen nuklearen Konflikt eskaliert wäre. Zusätzlich wurde innerhalb der NATO-Staaten die sowjetische Invasion Afghanistans 1979 als Beweis der kommunistischen Bedrohung für die Welt gedeutet.

Für den zweiten Untersuchungszeitraum kann hier eine direkte Parallele zwischen Afghanistan 1979 und der Ukrainekrise 2014 gezogen werden. Auch wenn beide Ereignisse unterschiedliche Formen annahmen – während erstere eine offene Invasion von Seiten der Sowjetunion war, stritt Russland lange jegliche Beteiligung regulärer russischer Streitkräfte in der Ukraine ab – kann dennoch im Ergebnis eine Parallele gezogen werden: Beide Fälle führten innerhalb der NATO dazu, Russland bzw. die UdSSR als Aggressor und Bedrohung zu sehen. Insbesondere die baltischen Staaten und Polen sehen sich seitdem verstärkt in Gefahr. Hier ist jedoch weniger von einer russischen Invasion im Stil von 1979 auszugehen, als vielmehr von einer Wiederholung der Ukrainekrise mit baltischem Spezifikum. Das Konfliktpotential zwischen der dort lebenden russischen Minderheit und den Balten zeigt sich eindrucksvoll am Beispiel der sog. Bronze Nacht (estnisch: *Pronksöö*) vom April 2007. Dort kam es zu Unruhen in der Hauptstadt Tallinn, nachdem die estnischen Behörden die bronzene Statue eines sowjetischen Kriegerdenkmals entfernen ließen.

Hier ist auch der stärkste Unterschied zwischen beiden Zeiträumen auszumachen: Während die NATO im Kalten Krieg von einem symmetrischen, konventionellen Konflikt mit der WVO – mit wahrscheinlicher nuklearer Eskalation – ausging, so ist das Risiko eines solchen Konfliktes zwischen Russland und der NATO heute deutlich geringer. Dennoch sieht Russland in seiner Militärdoktrin von 2014 die NATO als strategischen Gegner. Ein heutiger Konflikt ist wahrscheinlicher in der Form eines asymmetrisch geführten hybriden Krieges, der auch den Cyberraum umfasst. Inwieweit die Stationierung von Kampfpanzern und mechanisierter Infanterie in Form der eFP-Battlegroups einen Konflikt dieser Art abschrecken kann, bleibt abzuwarten. Der Fall einer gezielten Desinformation gegen stationierte Einheiten der Bundeswehr in Litauen im Februar 2017 verdeutlicht, welche Formen die Konfrontation zwischen der NATO und Russland in dieser Region annehmen kann.<sup>77</sup> Darüber hinaus unterscheidet sich das strategische Umfeld heute deutlich im Vergleich zu damals: Durch die Entstehung von *failed states*, eine Zunahme an innerstaatlichen Konflikten, die verstärkte Gefahr durch Terrorismus verübt von nicht-staatlichen Akteuren wie *Daesh* und *Al-Qaida*

und die damit verbundenen Fluchtbewegungen, stellen die Allianz vor eine Vielzahl an Herausforderungen.

Beide Untersuchungszeiträume weisen auch eine gewisse Rüstungsspirale (2) auf. Während im ersten Untersuchungszeitraum die nuklearen Mittelstreckenraketen (SS-20 und Pershing II) auf beiden Seiten aufgerüstet wurden, Ronald Reagan die SDI beschloss und die NATO-Staaten das LTDP verabschiedeten (verbunden mit dem 3%-Ziel), ist im zweiten Untersuchungszeitraum zunächst die Stationierung der russischen Iskander-M (alt. SS-26 ›Stone‹) Kurzstreckenraketen (*Short Range Ballistic Missile*, SRBM) in Kaliningrad zu nennen, die Nuklearsprengköpfe tragen können und mit einer Reichweite von mehr als 500 km neben Berlin auch weite Teile Polens und des Baltikums abdecken. Außerdem begann Russland ab 2008 nach dem Georgienkrieg mit einer umfangreichen Modernisierung seiner Streitkräfte.<sup>78</sup> Mit Blick auf die NATO sind auch verstärkte Rüstungsanstrengungen neben der eFP und anderen Maßnahmen festzustellen. So beschloss die Allianz am 29. Juni 2017 im Rahmen einer Sitzung des NAC auf Verteidigungsminister-Ebene auch mit Hinblick auf die – von Seiten der USA geforderte – ›Lastenverteilung‹ innerhalb des Bündnisses die

<sup>77</sup> Kommentar: In diesem Fall wurden anonyme E-Mails an den litauischen Parlamentspräsidenten, weitere Abgeordnete und die lokale Polizei versendet. Darin wurde behauptet, Angehörige der Bundeswehr hätten ein minderjähriges Mädchen im litauischen Jonava vergewaltigt. Siehe: BT-Drucksache 18/11987, online unter: <http://dip21.bundestag.de/>

dip21/btd/18/119/1811987.pdf; 26.10.2018.

<sup>78</sup> *The Diplomat*, 17.10.2015: How the West Underestimated Russia's Military Power, online unter: <https://thediplomat.com/2015/10/how-the-west-underestimated-russias-military-power/>; 26.10.2018.

weitere Erhöhung der Verteidigungsausgaben:

»This will be the third consecutive year of accelerating defence investment across European Allies and Canada. This means an increase of almost 46 billion US dollars more for defence since 2015. [...] In 2017, twenty-five Allies will increase defence spending in real terms«<sup>79</sup>.

Vergleichbar mit der SDI der 1980er Jahre ist heutzutage das sich noch im Aufbau befindliche *Ballistic Missile Defence System*, welches »a long-term investment against a long-term threat«<sup>80</sup> darstellen soll. Offiziell ist es nicht gegen Russland gerichtet, sondern vielmehr gegen Iran und Nordkorea, aber die Natur dieses Systems stellt – ob gewollt oder nicht – auch einen Abwehrschirm gegenüber Russland dar.

Es kann somit auch beide Male ein Sicherheitsdilemma festgestellt werden: Jede Machtsteigerung (in Form militärischer Macht) des Gegners wird als Bedrohung angesehen, der nur mit einer weiteren Machtsteigerung zu begegnen ist, die aber wiederum vom Gegner als zusätzliche Bedrohung interpretiert wird<sup>81</sup>. Diese Spirale manifestiert sich in den oben dargelegten Rüstungsanstrengungen auf beiden Seiten. Dabei ist die Un-

terscheidung zwischen »offensiven« und »defensiven« Maßnahmen nicht von Bedeutung, da defensive Maßnahmen ebenfalls eine Machtsteigerung gegenüber dem Gegner darstellen.<sup>82</sup>

Für Punkt (3) muss kurz auf das sog. *collective action problem* der NATO von Joseph Lepgold (1998) eingegangen werden. Lepgold identifiziert dieses Problem für die NATO nach Ende des Kalten Krieges. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO der 1990er Jahre verstärkten Fokus auf Friedensmissionen gelegt. Das Problem dabei ist die Tatsache, dass solche Missionen nicht die gleiche ungeteilte Aufmerksamkeit der NATO-Mitglieder erhalten wie es die traditionellen Funktionen der NATO des Kalten Krieges bekommen hatten. Die von Lepgold genannten traditionellen Funktionen sind nuklearer und konventioneller Schutz und die Bereitstellung einer Sicherheitsgemeinschaft für die Mitglieder.<sup>83</sup> Letztere Funktion beschreibt Lepgold wie folgt: »an environment in which strategic rivalries are attenuated and the use of force within the group is highly unlikely«<sup>84</sup>. Die Integration westeuropäischer Staaten in die Europäische Union trägt dabei ebenfalls eine wichtige Rolle. Dennoch hindert insbesondere die NATO als Militärbündnis seine

<sup>79</sup> Pressekonferenz von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg vom 29. Juni 2017, online unter: [http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_145385.htm?selectedLocale=en](http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_145385.htm?selectedLocale=en)

<sup>80</sup> NATO (Hrsg.) 2017: The Secretary General's Annual Report 2016, Brüssel, online unter: [http://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/pdf\\_2017\\_03/20170313\\_SG\\_AnnualReport\\_2016\\_en.pdf](http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2017_03/20170313_SG_AnnualReport_2016_en.pdf); S. 6.

<sup>81</sup> Zangl/Zürn 2003: S. 39.

<sup>82</sup> Kommentar: Die Unterscheidung zwischen offensiven und defensiven Waffensystemen ist umstritten, vgl. Mearsheimer 1983: S. 25-26.

<sup>83</sup> Lepgold 1998: S. 80.

<sup>84</sup> Lepgold 1998: S. 80-81.

europäischen Mitgliedstaaten daran, nationalistische Strategien zu verfolgen<sup>85</sup>, die inhereuropäische Konflikte befördern könnten.<sup>86</sup> Diese genannten traditionellen Funktionen werden exklusiv nur NATO-Mitgliedern zuteil. Daher können sie auch als exklusive nicht-konkurrierende *club goods* bezeichnet werden. Die Exklusivität wird durch Artikel 5 des NATO-Vertrages sichergestellt. Die *non-rival* Komponente der Güter lässt sich darauf zurückführen, dass die traditionellen Funktionen keine besonderen Kosten und Rivalitäten zwischen den NATO-Mitgliedstaaten entstehen lassen, da alle davon profitieren.

Mit Blick auf die zusätzlichen heutigen Aufgaben der NATO, insbesondere humanitäre Missionen und *out-of-area*-Operationen, stellt Leggold fest, dass hier keine Exklusivität vorherrscht. Humanitäre Einsätze typisiert Leggold dementsprechend als:

»Nonexcludable and possibly nonrival (the latter only if thinning effects produce no significant rivalness in consumption) or a series of private goods (if the actors that undertake these operations do not have the same substantive objectives)«<sup>87</sup>.

Zusammenfassend sieht Leggold das *collective action problem* der NATO seit 1990 folgendermaßen:

»First, peace operations constitute either (pure) public goods, a set of private goods, or are nonexcludable yet rival in consumption. [...] And when the good in question is nonexcludable yet rival, NATO governments face the worst sort of incentives from the standpoint of providing a good [...]. Second, the end of the Cold War has created a strategic situation in which the expected utility of most joint security action within NATO is often low«<sup>88</sup>.

Insbesondere der NATO-Einsatz in Afghanistan zwischen 2001 und 2014 verdeutlichte die Probleme der Zusammenarbeit innerhalb der Allianz. So funktionierte die NATO in Afghanistan nie als »effective coalition of allies bound together by a common strategic vision and clarity of objectives in Afghanistan«<sup>89</sup>.

Im Endeffekt wird demnach mit der Rückkehr zu traditionellen Aufgaben der NATO das von Leggold dargestellte *collective action problem*, vielleicht nicht komplett gelöst, mindestens aber abgeschwächt.

Dadurch, dass die Allianz nun wieder eine konkrete militärische Bedrohung durch einen staatlichen Akteur – in diesem Falle (wieder) Russland – zumindest wahrnimmt, dient die Rückkehr zu den traditionellen, klassischen Aufgaben neben der Abschreckung sowie Bündnis- und Territorialverteidigung auch der Stärkung der Allianz nach innen. Nicht

<sup>85</sup> Leggold 1998: S. 81.

<sup>86</sup> Kommentar: Als eindrucksvollstes Beispiel kann die griechisch-türkische Beziehung gelten.

<sup>87</sup> Leggold 1998: S. 97.

<sup>88</sup> Leggold 1998: S. 104-105.

<sup>89</sup> Berdal 2016: S. 158.

von Bedeutung ist dabei, ob diese Bedrohung tatsächlich vorliegt, oder ob sie lediglich als solche wahrgenommen wird. Entscheidend ist, dass innerhalb der Allianz (insbesondere im Baltikum und Polen) Besorgnis besteht, Russland könne in gleicher Form wie in der Ukraine geschehen agieren. Wie in Kap. 4.2.2. bereits erwähnt, stellt die eFP auch offiziell eine »Rückversicherungsmaßnahme« dar.

Mit dieser neuen russischen Bedrohung lässt sich auch feststellen, dass die USA nach der Ankündigung der Obama-Administration eines strategischen *Pivot to Asia* und des damit verbundenen Abzugs von US Kampfeinheiten aus Europa inzwischen wieder verstärkt in Europa involviert sind. Mit Blick auf den Satz, der oft in Verbindung zur NATO genannt wird: »To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down«<sup>90</sup> kann also gesagt werden, dass die erneute Hinwendung zur Abschreckung gegenüber Russland zwei der darin genannten Funktionen der NATO erneut erfüllen kann: Die USA sind (wieder) in Europa und Russland ist (wieder) »out«.

Wie bereits dargelegt, trug auch gerade die US-amerikanische Innenpolitik (4) einen erheblichen Beitrag in den 1980er Jahren zu den Spannungen bei: Insbesondere Ronald Reagans Antikommunismus (der in Form von Margret Thatcher einen europäischen

Unterstützer fand) sorgte für die auch ideologische Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion. Doch auch Reagans Vorgänger trug seinen Teil zum Ende der Dé-tente bei. Gaddis bemerkte dazu:

»It is difficult [...] to recall how far Soviet-American relations had deteriorated at the time Ronald Reagan entered the White House. Some of the responsibility for this rested with Jimmy Carter: at a time when defeat in Vietnam had severely shaken American self-confidence, when the military balance seemed to be shifting in the Russians' favor, and when the domestic consensus in favor of détente [sic!] was rapidly dissolving, he had chosen to launch an unprecedented effort to shift the entire basis of foreign policy from power to principle«<sup>91</sup>.

Nichtsdestotrotz kam mit dem Republikaner Reagan ein ausgesprochener Gegner der Sowjetunion an die Macht. Anders als der erste ist der zweite Untersuchungszeitraum nicht von dieser ideologischen Konfrontation des Kalten Krieges geprägt. Mit der autoritären Herrschaft Vladimir Putins – das auch als Gegenmodell zur westlichen Demokratie gesehen werden kann – lässt sich jedoch ein erneuter Gegensatz zwischen den Systemen der USA und Russlands ausmachen. Gleichwohl ist dieser bei Weitem nicht so ausgeprägt wie der kommunistische-kapitalistische Gegensatz des Kalten Krieges. Mit

<sup>90</sup> Kommentar: Dieser Satz wird weiterhin dem ersten NATO-Generalsekretär Lord Ismay (1952-1957) zugeschrieben.

<sup>91</sup> Gaddis 1992: S. 119, 120.

Blick auf die Innenpolitik der USA unter der Obama-Administration ist festzustellen, dass sich die USA bis 2014 auf dem Rückzug aus Europa befanden, nachdem sie das 21. Jahrhundert als Pazifisches Jahrhundert bezeichneten und damit den sog. *Pivot to Asia* vollzogen. Damit kann hier keine Parallele zwischen den Zeiträumen festgestellt werden.

Vergleichbar mit dem oben erwähnten Vietnam-Trauma und dem damit verbundenen Verlust des amerikanischen Selbstbewusstseins ist in der heutigen Situation der Afghanistankonflikt: Die ISAF-Mission erschütterte auf vergleichbarer Weise das Selbstbewusstsein der USA und dass der anderen NATO-Staaten wie es der Vietnamkrieg getan hatte. Außerdem hat der Afghanistankonflikt (zusammen mit dem Irakkrieg) zum Rückzug der USA aus dem Mittleren Osten geführt und damit dort ein gewisses Machtvakuum entstehen lassen, welches unter anderem auch Russland versucht auszufüllen. Daher kann auch die eFP vor diesem Hintergrund gesehen werden, dass insbesondere die USA, aber auch die restlichen NATO-Partner aufgrund des verlorenen Selbstbewusstseins und internationalen Ansehens im Zuge des Afghanistan- und Irakkrieges und die Stärkung Russlands im Mittleren Osten als Gegenmaßnahme ergriffen wurde, um die geopolitische Gesamtlage auszugleichen und ein politisches Signal der Stärke zu senden.

Tab. 2: Übersicht.<sup>92</sup>

Faktoren	Untersuchungszeitraum 1	Untersuchungszeitraum 2	
<b>Wahrnehmene/tatsächliche Bedrohung von außen</b>	- WVO	- Unionsstaat RUS & BY	
	- sowj. Invasion AFG 1979	- Ukraine Krise & Syrienintervention	
	- WVO vs. NATO an innerdeutscher Grenze	- Bedrohung des Baltikums und Polens	
	→ Risiko eines konventionellen zwischenstaatl. Konflikts in Zentraleuropa mit Potential einer nuklearen Eskalation	→ Gefahr vor hybrider Kriegsführung (Angst vor ähnlicher russ. Vorgehensweise wie in Ukraine); Risiko eines konventionellen Konflikts gering	
	- <i>Fulda-Gap</i>	- <i>Suwalki-Gap</i>	
	<b>Rüstungsspirale (Sicherheitsdilemma)</b>	- NATO-Doppelbeschluss	- Modernisierung russ. Mil.
		→ Stationierung <i>Pershing II</i>	- Stationierung <i>SS-26</i> <i>Stone</i> ( <i>Iskander-M</i> ) SRBMs in Kaliningrad
		- LTDP & 3%-Verpflichtung (Verteidigungset ab 1980 jährlich um 3% erhöhen)	- RAP & 2%-Verpflichtung (Verteidigungset auf 2% des BIP erhöhen)
		- SDI	- <i>Ballistic Missile Defense System</i> (Aegis Ashore) ABER: offiziell nicht gegen RUS
		<b>Allianzdynamik &amp; collective action problem (US-) Innenpolitik</b>	- Einzige Aufgabe: Bündnisverteidigung
- US-Trauma Vietnam			- Lösen des <i>collective action problem</i> der NATO
- Antikommunistische Administration ( <i>evil empire</i> )			- NATO/US-Trauma Afghanistan und Irak
- Konfrontation der Ideologien (Kommunismus vs. Demokratie/Kapitalismus)			- Barack Obama ( <i>leader of the free world</i> ) vs. autoritärer Putin → russ. Gegenmodell zu westl. Demokratien
			ABER: Vor 2014 <i>Pivot to Asia</i> + damit verbundener Abzug von US-Truppen aus Europa

<sup>92</sup> eigene Darstellung



## 5. Fazit und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit konnten vor dem theoretischen Hintergrund des Neorealismus und mit Hilfe des Konzepts der Abschreckung Parallelen zwischen den Maßnahmen der NATO (und der Vereinigten Staaten) während des sog. ›Zweiten Kalten Krieges‹ und jenen zwischen 2014–2017 aufgezeigt werden.

Mit Bezug auf die eingangs formulierte Forschungsfrage stellt sich heraus, dass den Maßnahmen der NATO im Rahmen der eFP vergleichbare Erklärungen zu Grunde liegen wie während des ›Zweiten Kalten Krieges‹. Dabei konnte festgestellt werden, dass in beiden Fällen eine zumindest wahrgenommene Bedrohung von Seiten der Sowjetunion bzw. Russlands gegenüber der NATO vorlag, die jedoch unterschiedliche Formen annimmt: So wurde aufgezeigt, dass während des Kalten Krieges die Bedrohung eines konventionellen und nuklearen Konflikts deutlich konkreter war als dies heute der Fall ist. Die heutige Bedrohung liegt also weniger in einem konventionellen oder sogar nuklearen Krieg zwischen Russland und der NATO als vielmehr in einer asymmetrischen Bedrohung einzelner post-sowjetischer NATO-Mitgliedsstaaten wie Polen, Estland, Lettland und Litauen. Vor dem Hintergrund dieser Bedrohung kann auch das entstandene bzw. entstehende Sicherheitsdilemma und die damit verbundene Rüstungsspirale während beider Zeiträume erklärt werden. Darüber hinaus stellt

die Arbeit mithilfe des *collective action problems* nach Leggold anschaulich dar, wie auch NATO-interne Dynamiken zur eFP-Entscheidung beitrugen.

Fundamentaler Unterschied zwischen beiden Zeiträumen ist dennoch die Tatsache, dass der Kalte Krieg ein Konflikt der Ideologien war. Auch wenn sich Russland unter Vladimir Putin gegen die vorherrschende (von den USA geformte) Weltordnung stellt, indem es Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz auf ambivalente Weise behandelt, ist dabei festzustellen, dass diese Gegensätzlichkeit (noch) nicht die gleiche ideologische und radikale Form angenommen hat wie dies während des Kalten Krieges der Fall gewesen war. Es kann diesbezüglich festgehalten werden, dass die heutigen ideologischen Unterschiede keinen konventionellen Krieg zwischen der NATO und Russland verursachen würden, Grenzkonflikte hingegen schon.

Auch wenn die eFP die baltischen Länder und Polen wahrscheinlich nicht erfolgreich verteidigen könnte, entfaltet sie dennoch eine abschreckende Wirkung gegenüber Russland und bietet darüber hinaus gleichzeitig ein Signal an die betroffenen Bündnispartner. Das Konzept der Abschreckung ist somit wieder salonfähig. Inwieweit es erfolgreich gegen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – insbesondere durch die Entwicklungen im Cyberraum – sein kann, bleibt abzuwarten. Hierzu sind besonders eine verstärkte Zusammenarbeit der NATO mit der EU und die



Bemühungen der Allianz und der einzelnen Mitgliedstaaten um die gesamtgesellschaftliche Resilienz gegen Cyberkriminalität und -krieg notwendig.

Hinsichtlich der benötigten Mittel und der Glaubwürdigkeit für eine funktionierende Abschreckung kann festgestellt werden, dass durch die eFP zumindest die Glaubwürdigkeit der Allianz im Ernstfall auch tatsächlich seine Mittel für den Schutz seiner Mitgliedstaaten einzusetzen erfolgreich demonstriert wurde. Ob die dabei präsentierten Mittel im Falle eines russischen Angriffs tatsächlich ausreichend wären, um diesen auch erfolgreich abwehren kann zu diesem Zeitpunkt und anhand der hier durchgeführten Analyse nicht festgestellt werden.

Mit Blick auf die Generalisierbarkeit der dargestellten Ergebnisse dieser Arbeit lässt sich bilanzieren, dass in Anbetracht des zugrundeliegenden Themas sowie der niedrigen Fallzahl die gewonnenen Erkenntnisse eine entsprechend geringe Validität aufweisen. Die Analyse hat jedoch ergeben, dass Abschreckung auch im 21. Jahrhundert als militärische Strategie wieder an Bedeutung gewonnen hat und eine Beschäftigung mit der inzwischen oft ignorierten nuklearen Komponente heute erneut gefordert ist.

Es lässt sich zudem an dieser Stelle die realpolitische Relevanz dieser Arbeit verdeutlichen: Die aufgezeigten Parallelen zwischen den Untersuchungszeiträumen verdeutlichen die vorherrschenden konfrontativen Beziehungen zwischen Russland und der NATO.

Trotz ständiger Betonung der Bedeutung der Kommunikation miteinander ist auf absehbare Zeit von keiner Verbesserung der Beziehungen auszugehen. Die Bemühungen der NATO, nicht von einem neuen Kalten Krieg zu sprechen, können dem wenig entgegenzusetzen, wenn sich gleichzeitig Russland zunehmend vom Nordatlantischen Bündnis eingekreist fühlt. Der Zweite Kalte Krieg kam zu einem Ende mit einem Machtwechsel im Kreml. Ob auch hier in einigen Jahren eine Parallele gezogen werden kann, bleibt abzuwarten.

Abschließend lassen sich die Ergebnisse dieser Arbeit auch mit folgendem – oftmals Mark Twain zugeschriebenen – Satz zusammenfassen:

**The past does not repeat itself, but it rhymes.**